



Pressemitteilung

Anhörungen zum Bundesverkehrswegeplan 2030 – Schienenprojekte in Schleswig-Holstein stärker berücksichtigen

Berlin, 21.10.2016

Berliner Büro:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: (030) 227-75165

Fax: (030) 227-70165

birgit.malecha-nissen@bundestag.de

Anlässlich der anstehenden Anhörung vom 24. bis 26. Oktober 2016 zum Bundesverkehrswegeplans (BVWP 2030) erklärt die schleswig-holsteinische Bundestagsabgeordnete Dr. Birgit Malecha-Nissen:

„Als Koordinatorin für Schleswig-Holstein der SPD-Bundestagsfraktion für den Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP) freue ich mich über die hohe Priorisierung der Straßen- und Wasserstraßenprojekte in Schleswig-Holstein. Lediglich bei der Schiene hätten wir uns eine stärkere Berücksichtigung gewünscht.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Projektbewertungen der folgenden Vorhaben im Potentiellen Bedarf noch einmal überdacht werden und in den Vordringlichen Bedarf aufsteigen werden:

Ausbaustrecke Hamburg-Ahrensburg

Ausbaustrecke Lübeck – Schwerin / Büchen – Lüneburg

Darüber hinaus werde ich gezielt beim Verkehrsministerium nachfragen, damit folgende Schienenprojekte im Potentiellen Bedarf berücksichtigt werden, für die bisher kein Bedarf im BVWP gesehen wird:

Ausbaustrecke Hamburg-Elmshorn / S 4-West

- Dreigleisiger Ausbau Bahnstrecke Elmshorn - Pinneberg

Ausbaustrecke Itzehoe-Westerland (Marschbahnlinie)

- Ausbau und Elektrifizierung der Bahnstrecke

Güterbahnstrecke Wilster - Brunsbüttel Süd

- Ausbau und Elektrifizierung des Gütergleises



Informationen zum Verfahren:

Der BVWP 2030 ist eines der wichtigsten verkehrspolitischen Projekte dieser Wahlperiode. Mit ihm werden die entscheidenden Weichen für die bundesweite Verkehrsinfrastruktur gestellt. Projekte im Potentiellen Bedarf haben eine reelle Chance, in den Vordringlichen Bedarf aufzusteigen, sobald die Projektbewertung abgeschlossen ist. Projekte, die als Vordringlicher Bedarf oder Vordringlicher Bedarf-Engpassbeseitigung eingestuft sind, können wahrscheinlich bald realisiert werden.

Der vorgelegte Kabinettsbeschluss zur Aufstellung des BVWP hat sich an die verkehrspolitischen Leitlinien der SPD-Bundestagsfraktion gehalten. Den Forderungen Erhalt vor Neubau, Vorrang für das überregionale Verkehrsnetz, Engpassbeseitigung sowie eine angemessene Verteilung auf die drei Verkehrsträger (Fernstraße, Schiene und Wasserstraße) ist entsprochen worden.

Der Bundesverkehrswegeplan ist eine nach Prioritäten gewichtete Liste mit geplanten Straßen-, Schienen- und Wasserstraßenbauprojekten für die kommenden 15 Jahre. Erstmals unterliegt der BVWP 2030 der strategischen Umweltprüfung (SUP). Im September begann das parlamentarische Verfahren mit intensiven Beratungen und Anhörungen. Die Ausbaugesetze sollen bis Ende des Jahres im Deutschen Bundestag beschlossen werden. Bis zu einer tatsächlichen Baufreigabe folgen den Ausbaugesetzen zunächst Fünfjahrespläne (Investitionsrahmenplan) und dann die konkrete Finanzierung, die der Haushaltsausschuss im Rahmen seiner jährlichen Haushaltsberatungen bewilligt.“